



Reden

08.01.2021

Thema: Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir auch so einfach machen wie Thomas Kreuzer und auf den Ministerpräsidenten verweisen, aber die Aussagen der AfD kann man wieder einmal nicht unkommentiert stehen lassen. Sie sprechen von einem totalitären Klima der Angst, bringen einen DDR-Vergleich, sprechen von neuer Macht und davon, dass irgendwelche Informationen vorenthalten werden. Das war eine demagogische Rede erster Güte, die Sie hier gehalten haben.

(Beifall)

Was Sie hier abliefern, hat überhaupt nichts mehr mit Populismus zu tun. Das ist reinste Demagogie, eine Demagogie, wie sie auch teilweise in den USA betrieben wird und deren Auswirkungen wir diese Woche erlebt haben. Das sind Sie. Sie sind die Brandstifter, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Ich habe vielmehr den Eindruck, dass Sie die abergläubische Front Deutschlands sind, weil das, was Sie hier bringen, reinster Aberglaube, Mumpitz und Schmarrn ist.

(Beifall)

Glauben Sie, dass es uns Spaß macht und populär ist, Schulen zu schließen? Glauben Sie, dass es populär ist, Gaststätten zu schließen?

(Zuruf)

Glauben Sie, dass es populär ist, Hotels zu schließen? Glauben Sie, dass es populär ist, diese 15-Kilometer-Regel einzuführen? Glauben Sie, dass es populär ist, eine Sperrstunde und auch an Weihnachten eine Ausgangssperre zu verhängen? Glauben Sie, dass wir dies tun, weil wir meinen, dass uns die Leute dafür feiern? – Nein! Wir tun dies, weil es notwendig ist und weil wir die Gefahr erkannt haben, die von diesem Virus ausgeht. Diese Gefahr wird in der ganzen Welt erkannt, außer von Ihnen anscheinend.

(Beifall)

BAYERISCHER LANDTAG

ABGEORDNETER

Florian Streibl

Fraktionsvorsitzender



Wir tun dies auch noch aus einem ganz besonderen Grund, der uns und die meisten hier eint und uns gemein ist.

(Zuruf)

Wir gehen von der Würde und der Einmaligkeit jedes einzelnen menschlichen Lebens aus. Es ist egal, ob dieses menschliche Leben gesund oder krank, jung oder alt, arm oder reich ist. Wir gehen davon aus, dass dieses Leben wegen seiner Einmaligkeit geschützt werden muss. Das ist unser Auftrag. Das ist der Auftrag der Staatsregierung und dieses Parlaments. Sie zeigen, dass Sie das eben nicht schützen wollen. Das haben Sie auch wieder in Ihren Worten dargestellt. Sie haben irgendeine Verschwörungstheorie von irgendwelchen anderen, von Pharmakonzernen und weiß Gott wem, der plötzlich die ganze Welt verhext hat und dem wir auch erlegen seien. – Nein! Es gibt ein Virus, das in der Welt umhergeht, die Menschen krank macht und auch tötet.

Allein heute gab es 1.188 COVID-19-Tote in Deutschland. Würden wir Ihrem Plan und Ihrer Logik folgen, dann wären das in 365 Tagen 433.620 Tote.

(Zuruf von der AfD)

– Gab es schon! Das ist die nächste Lüge, die Sie hier verbreiten. Fangen Sie an, zu lesen und zu denken! Das wäre viel besser.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Maßnahmen, die die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen hat und die vom bayerischen Kabinett in dieser Woche bestätigt wurden, sind Maßnahmen, über die wir diskutieren können. Wir hoffen, dass diese Maßnahmen, sofern sich die Menschen daran halten, Wirkung zeigen werden. Klar, die 15-Kilometer-Regelung bei einer Inzidenz ab 200 ist eine Regelung, über die man streiten kann. Im europäischen und im weltweiten Kontext ist das jedoch eine äußerst humane und liberale Lösung. In anderen Ländern wird es anders gemacht. Thomas Kreuzer und ich kommen aus der Alpenregion. Wir finden es gut, dass für die Landkreise mit einer Inzidenz über 200 die Möglichkeit eröffnet worden ist, sich für touristische Aktionen zu sperren. Das entspannt die Situation kolossal. An schönen Tagen können wir in den Bergregionen derzeit einen wesentlich stärkeren Tourismus als zu normalen Zeiten erleben. Dass hier kein Infektionsgeschehen möglich ist, kann ich bei den Bildern, die ich gesehen habe, nicht glauben. Dort wird weder auf Abstand noch auf die Regelung, dass sich nur zwei Haushalte treffen dürfen, geachtet. Deshalb ist zu befürchten, dass dadurch das Infektionsgeschehen vorangetrieben werden könnte. Deswegen mein Appell an die Bürgerinnen und Bürger: Halten Sie sich an diese Regeln! Nehmen Sie diese Regeln ernst! Nur dann können wir die Zahlen wirklich drücken. Der 31. Januar steht nun als Datum im Raum. Wir werden uns aber auch darüber hinaus mächtig anstrengen müssen, um die Zahlen zu drücken und wieder zu einer Inzidenz zu gelangen, die

BAYERISCHER LANDTAG

ABGEORDNETER

Florian Streibl

Fraktionsvorsitzender



die Normalität, wie wir sie uns wünschen, zulässt. Das geht nur, wenn wir uns an die geltenden Regelungen halten und sie nicht dauernd für Blödsinn erklären und das Problem marginalisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Wort zum Impfstoff. Ja, der Impfstoff ist wichtig, und er ist da. Wir FREIEN WÄHLER haben immer gesagt, dass wir Lockerungen wollen. Wir wollen, dass die Wirtschaft wieder arbeiten kann. Wir wollen, dass die Leute wieder rausgehen können. Wir wollen, dass die Leute wieder in Gastwirtschaften gehen können. Dafür haben wir jetzt den Schlüssel in der Hand, und das ist der Impfstoff. Wir müssen zusehen, dass wir zügig impfen können und für jeden, der das möchte, eine Impfung parat haben. Unser Appell an die Bundesregierung und auch an Europa lautet: Es muss genug Impfstoff zur Verfügung gestellt werden, damit wir möglichst schnell wieder in ein normales Leben zurückkehren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich stehen auch Schule und Bildung vor großen Herausforderungen. Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten dafür, dass er klargestellt hat, dass die Lernplattform mebis nur ein Werkzeug in einem großen Werkzeugkasten der Bildung ist. Wir können dieses Werkzeug schärfen, aber hier ist nicht die Bühne für Schaukämpfe. Die Staatsregierung muss zusammenstehen und ihre Aufgaben mit allen Beteiligten bewältigen. Man darf sich nicht nur einen Beteiligten herauspicken. Aber nicht nur die Staatsregierung muss zusammenstehen. Ich erwarte das auch von den beteiligten Verbänden und Organisationen. Auch diese müssen mit an diesem Strang ziehen und sollten keine Steine in den Weg legen. Sie sollten an einer positiven Lösung mitarbeiten und nicht den Brunnen vergiften.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte allen Mitgliedern der Staatsregierung danken, die sich am Kampf gegen diese Pandemie beteiligen und unermüdlich im Einsatz sind. Diese Pandemie ist noch lange nicht überwunden. Wir haben aber die Hoffnung, dass in diesem Jahr der Durchbruch kommt und wir wieder zur Normalität kommen werden. Ich danke auch den Parlamentariern, die die Maßnahmen in unzähligen Sondersitzungen begleiten und Ratschläge geben. Ich danke aber vor allem dem medizinischen Personal, den Rettungskräften, den Ärzten und Pflegern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Krankenhäusern, die jetzt, auch in diesen Sekunden, um Menschenleben kämpfen und ihren Dienst für uns alle leisten. Eines müssen wir uns immer wieder bewusst machen: Im Kampf gegen diese Pandemie geht es immer darum, Menschenleben zu retten und Menschen zu schützen. So schlimm es ist, wenn wir einmal nicht in eine Gastwirtschaft gehen können: Kein Besuch einer Gastwirtschaft ist ein Menschenleben wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

BAYERISCHER LANDTAG

ABGEORDNETER

Florian Streibl

Fraktionsvorsitzender



Wir müssen uns bewusst machen: Wir befinden uns in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Deshalb müssen wir darauf achten, dass wir uns nicht mit kleinlichen Diskussionen gegenseitig das Leben schwermachen. Wir sollten vielmehr zusammenstehen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Wir sollten gemeinsam darum kämpfen, diese Situation zu bestehen und gestärkt aus dieser Situation hervorzugehen, auch wenn dies schwer ist. Daher mein Dank an alle Beteiligten im Bildungssystem, an die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern sowie die Schülerinnen und Schüler. Auch für sie ist das eine sehr schwere Herausforderung. Meine Damen und Herren, allen, denen wirklich daran gelegen ist, diese Pandemie in den Griff zu bekommen und wieder zu einem normalen Leben, insbesondere zu einem normalen wirtschaftlichen Leben zurückzukommen, sage ich meinen herzlichen Dank. Meine Damen und Herren, Gott schütze Sie!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Streibl. Wir haben zwei Interventionen: zunächst Herr Abgeordneter Christian Klingen von der AfD-Fraktion.

Christian Klingen (AfD): Herr Streibl, ich möchte noch einmal auf diese Regelung mit dem 15-Kilometer-Radius eingehen, die die "Bild"-Zeitung als "15-Kilometer-Irrsinn" bezeichnet hat. Wenn in einem stark ländlich geprägten Bundesland wie dem Freistaat Bayern die Bewegungsfreiheit auf einen Umkreis von 15 Kilometern eingeschränkt wird, bedeutet das, dass die Menschen in ihren Grundrechten massivst beschnitten werden. Viele Bürger sind dann eigentlich zum Dorfarrest verurteilt. Sie können sich nicht draußen ertüchtigen und spazieren gehen, um eben nicht krank zu werden. Herr Streibl, Sie haben in Ihrer Rede behauptet, dass es in den ländlichen Gebieten drunter und drüber gehe. Bei uns in der Rhön standen die Regelungen in der Zeitung. Die Polizei hatte alles im Griff und hat die Einhaltung der Abstandsregeln überwacht. Bei uns ist nichts passiert. Das ist der gestrigen Zeitung zu entnehmen. Was sagen Sie als FREIE WÄHLER, nicht als "Freie Quäler", zu den völlig unverhältnismäßigen und offensichtlich unnötigen Grundrechtseinschränkungen? Finden Sie es gerechtfertigt, dass nur entweder die Oma oder der Opa die Enkelkinder sehen darf?

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Streibl, bitte schön.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, die 15-Kilometer-Regel bezieht sich nur auf touristische Aktivitäten. Fahrten zur Arbeit, zum Einkaufen, zum Arzt oder zum Besuch von Verwandten sind möglich. Von daher sehe ich zwar die Aufregung bei Ihnen, aber ich verstehe sie nicht. Im Umkreis von 15 Kilometern um meine Heimatgemeinde habe ich genug Möglichkeiten, um spazieren zu gehen oder an die frische Luft zu kommen. Deshalb gibt es hier keine besondere Einschränkung. Zu den Maßnahmen: Ja, diese sind notwendig. Das müssen

BAYERISCHER LANDTAG

ABGEORDNETER

Florian Streibl

Fraktionsvorsitzender



Sie einmal verstehen und kapieren. Ansonsten würde sich dieses Virus immer weiter ausbreiten. Wir wollen dieses pandemische Geschehen in den Griff bekommen. Dazu brauchen wir diese Maßnahmen, vor allem jetzt, nachdem es eine wesentlich ansteckendere Variante dieses Virus gibt, der wir Herr werden müssen. Von daher: Machen Sie lieber mit, statt dauernd dagegen zu reden!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Intervention hat sich Herr Kollege Maximilian Deisenhofer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Streibl, zunächst einmal möchte ich feststellen: Berechtigte Kritik im Bildungssystem ist keine Brunnenvergiftung. Alle Akteure und Verbände werden dazu beitragen, dass es am Ende gut laufen wird. Ein Wort zu mebis: Der Ministerpräsident und der Minister haben gesagt, nur 15 % würden mebis nutzen. Am 8. Oktober 2020 hat der zuständige Minister aber noch hier im Hohen Haus gesagt:

Ich sage ein Wort zu mebis: 1,3 Millionen melden sich bei mebis an. Mebis ist ein Erfolgsprogramm. Darauf sind andere Bundesländer neidisch.

Sind Sie immer noch der Meinung, dass die anderen Bundesländer neidisch sein sollten? Sie haben von "Schaukämpfen" gesprochen. Am 16. und 17. Dezember hat der Schaukampf zwischen der CSU und den FREIEN WÄHLERN stattgefunden. Sie haben eine Pressemitteilung mit dem Titel herausgegeben: "Streibl: In einer Koalition stellt man sich keine Ultimaten!". Sie haben in dieser Pressemitteilung erklärt, in einer Koalition arbeite man zusammen und stelle sich keine gegenseitigen Ultimaten. Jetzt hat der Kultusminister gesagt, dass es nie ein Ultimatum gegeben habe. Wie passt das denn zusammen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Fragen über Fragen, ob da eine Minute reicht? - Ich habe gesagt, in einer Koalition arbeitet man zusammen. Das zeigen wir auch, wir arbeiten zusammen. Also von daher ist das schon die erste Antwort. Ob die anderen Bundesländer glücklich bzw. unglücklich darüber sind, dass sie kein mebis haben, das weiß ich nicht. Ich kann Ihnen aber sagen: In zehn Bundesländern gibt es Probleme mit den jeweiligen Lernplattformen: In Rheinland-Pfalz war das am 04.01.2021, in Berlin am 04.01.2021, in Thüringen am 17.12.2020 und am 05.01.2021, in Mecklenburg-Vorpommern am 16.12.2020, in Sachsen am 04.01.2021 und am 05.01.2021.

(Unruhe)

- Manche dieser Länder haben sogar SPD-Kultusminister, die auch noch im Amt sind. Das ist ein beredtes Beispiel dafür, dass es überall Probleme gibt. Wir haben hier bei uns mit mebis aber ein Instrument neben vielen anderen Instrumenten, und bei dem ruckelt es zwar - das hat auch der

BAYERISCHER LANDTAG

ABGEORDNETER

Florian Streibl

Fraktionsvorsitzender



Minister gesagt -, aber in den anderen Bundesländern ruckelt es auch. Diese Plattform ist eigentlich nicht für diese Situation geschaffen worden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Zu dem ganzen Thema wird hernach auch noch meine Kollegin Eva Gottstein das Wort ergreifen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)